Heute „Sport-Spiegel“

Morgen-Ausgabe

Einzelnummer 3 Milliarden M.

[illegible]rscheint wöchentl. zwölfmal. Illustr. Gratis-Wochenschriften: „Der Weltspiegel“, „Modenspiegel“, „Technische Rundschau“, „Sportspiegel“, „ULK“, „Haus Hof Garten“. Bezugspreis: für die Woche v. 29. Oktober bis 3. November 20 Milliarden Mark einschl. Zustellung durch d. Botenfrau, im voraus zahlbar. Ausl. ausschl. Postaufschlag bzw. Kreuzbandporto. Auslands-Bezug durch die Hauptexped. u. die Postanst. i. Deutsch-Oesterreich, Tschechoslowakei, Ungarn, der Schweiz, Luxemburg, Belgien, Frankreich, Holland, Dänemark, Schweden, Norwegen, Finnland, Lettland, Estland; für alle übrigen Staaten ist der Bezug nur mit Kreuzband durch die Expedition dieses Blattes möglich. Preiserhöhungen während der Bezugszeit vorbehalten. Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts. In Groß-Berlin abonniert man bei der Hauptexpedition SW. 19, Jerusalemer Str. 46—49 und den Filialen. (Fernsprecher: Dönhoff 340—3455, für den Fernverkehr 4207—4209.) Telegramm-Adresse: „Berlibla“, Berlin. Rudolf Mosse-Code — Postscheckkonto Nr. 324, Rudolf Mosse, Berlin NW. 7. Anzeigenpreise: 12gespaltene Zeile [illegible] Goldmar. für Familien-Anzeigen 0,30 Goldmark, Nachrufe nach üblichem Tarif. Die Aufnahme von Anzeigen a. bestimmten Tagen, in bestimmte Ausgaben od. an bestimmte Stellen wird nicht gewährleistet.

Chefredakteur: Theodor Wolff in Berlin.

Inseraten- und Abonnements-Annahme in Groß-Berlin: Hauptexpedition SW. 19, Jerusalemer Straße 46/49. Filialen: Leipziger Straße 103; Potsdamer Straße 33; Zimmerstraße 59; Königstraße 56/57; Rosenthaler Straße 48; Schönhauser Allee 144; Moritzplatz; Köpenicker Straße 67/68; Raithenower Straße 3; Turmstraße 61; Schiffbauerdamm 4; Kochhannstraße 9; Große Frankfurter Straße 101; Frankfurter Allee 286 und 346; Blücherstraße 69; Fidicinstraße 9; Wiener Straße 1/6; Greifswalder Straße 197; Fennstraße 1; Müllerstraße 135; Badstraße 61; Rheinsberger Straße 79; Charlottenburg: Tauentzienstraße 2; Kantstraße 34; Scharrenstr. 39; Nürnberger Str. 25/26; Kaiserdamm 20; Friedenau: Rheinstraße 19; Halensee-Grunewald: Henriettenplatz; Lichtenberg: Frankfurter Allee 241; Lichterfelde-West: Carlstr. 1/2; Neukölln: Berliner Str. 41; Hermannstr. 93/94; Kaiser-Friedrich-Str. 247/48; Pankow: Bornholmer Str. 1; Schmargendorf: Breite Straße 3; Schöneberg: Hauptstr. 23/24; Martin-Luther-Straße 9; Steglitz: Albrechtstr. 130; Tempelhof: Berliner Str. 147; Treptow: Krüllsstr. 7; Weißensee: Streustr. 126; Wilmersdorf: Uhlandstr. 88; Kaiserplatz 13. In der Provinz: Brandenburg a. d. H.: Hauptstr. 4; Breslau, Schweidnitzer Str. 21/22; Cöpenick: Schloßstr. 1; Frankfurt a. O.: Regierungsstr. 4a; Niederschöneweide: Brückenstr. 22; Potsdam: Brandenburger Str. 23; Spandau: Breite Straße 47; Stettin: Paradeplatz 8.

Druck und Verlag: Rudolf Mosse in Berlin.

Preußische Staatsbibliothek Berlin

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Nr. 513
Ausgabe für Berlin

52. Jahrgang
Donnerstag, 1. November 1923

Die Entscheidung der Sozialdemokratie.

Fraktionsbeschlüsse für Verbleiben in der Koalition.

Drei Voraussetzungen.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion trat gestern mittag um ½2 Uhr zu einer Sitzung zusammen, um über die sächsische und bayerische Frage zu beraten sowie die Frage zu erörtern, ob die sozialdemokratischen Minister im Reichskabinett verbleiben sollen oder nicht. Bei Beginn der Sitzung erstatteten die von der Fraktion nach Dresden entsandten Führer Dittmann und Wels über die dortigen Vorgänge Bericht. An diese Referate schloß sich eine Aussprache, in der sich **eine starke Stimmung für das Ausscheiden der Sozialdemokraten aus der Reichsregierung bemerkbar machte.**

Mit großer Mehrheit wurde gegen 8 Uhr folgende Entschließung angenommen:

Die sozialdemokratische Fraktion kann in der Koalition nur verbleiben, wenn folgende Voraussetzungen erfüllt werden:

1. **Aufhebung des militärischen Ausnahmezustandes;**

2. die Reichsregierung behandelt das **Verhalten der bayerischen Machthaber** offen als **Verfassungsbruch** und unternimmt im Einklang mit der Reichsverfassung sofort **die gebotenen Schritte gegen Bayern;**

3. Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung in **Sachsen** ist Aufgabe der Schutzpolizei. **Reichswehrhilfe ist nur auf Anforderung des Inhabers der Zivilgewalt heranzuziehen.** Neuerdings in die Reichswehr eingestellte Anhänger rechtsradikaler Bestrebungen sind zu entlassen.

Diese Bedingungen sollen schnellstens dem Reichskanzler vorgelegt werden. Dabei sollen noch die beiden folgenden Fragen mit zum Gegenstand der Verhandlungen gemacht werden: 1. Die Gewährung wertbeständiger Löhne ist schnellstens zu regeln, und 2. die Landwirte sind zur Lieferung von Nahrungsmitteln zu zwingen, die offen zutage tretende Sabotage des Landbundes und der Landwirte zu bekämpfen.

Der Abg. Hermann Müller überbrachte noch gestern abend dem Reichskanzler den Beschluß der Sozialdemokratischen Partei. Die Reichsregierung wird heute vormittag zu einer Sitzung zusammentreten, um sich mit der sozialdemokratischen Entschließung zu beschäftigen.

Vormittag um 1 Uhr wird die Fraktion den Bericht des Vorstandes über die Verhandlungen mit dem Kanzler entgegennehmen.

Die sächsische Lösung.

Verdienste und Fehler.

[illegible] Durch das zielklare energische Eingreifen führender Demokraten und durch das besonnene, von staatsmännischem Geist getragene Verhalten der sächsischen Sozialdemokratie wurde der sächsische Konflikt binnen 24 Stunden gelöst. Jetzt bleibt noch zweierlei übrig: die Erklärung des Kanzlers, daß die Aufgabe des Reichskommissars Dr. Heinze damit erledigt ist und die Aufhebung der auf Sachsen bezüglichen Ausnahmeverordnungen des Reichspräsidenten. Es ist zu erwarten, daß dies noch im Laufe des heutigen Tages geschieht. Die Forderung ist erfüllt: auf verfassungsmäßigem Wege ist eine Regierung gebildet, die verfassungsgemäß zu regieren [illegible] ist. Dr. Zeigner ist zurückgetreten. Die Kommunisten sind entfernt. Die Regierung ist aus Mitgliedern der Sozialdemokratie, der weitaus stärksten Fraktion, zusammengesetzt und wird von den Demokraten unterstützt.

Dieses Ergebnis ist erzielt worden — trotz dem Reichskommissar Dr. Heinze. Gewiß hat es niemals einen merkwürdigeren Reichsbeauftragten gegeben. Dr. Heinze, der [illegible]minister im Königreich Sachsen und Justizminister in der [illegible]chen Republik gewesen ist, erläßt eine Proklamation, [illegible]m Reichskommissar auf Grund des Artikels 48 Abs. [illegible] ernannt sei, daß er also die Reichsexekutive in Sachsen durchzuführen habe. In Wahrheit ist von [illegible]chsexekutive keine Rede. Vielmehr hat der Reichs[illegible] auf Grund des Artikels 48 Absatz 2 eine be[illegible] Ausnahmeverordnung für Sachsen [illegible] und zur Ausführung dieser Verordnung wurde [illegible] nach Sachsen entsandt.

[illegible] persönlicher Feind hätte ihm keinen schlechteren Dienst [illegible] können. Direktiven wurden ihm nicht mitgegeben. [illegible] wurden zwar abgefaßt — aber erst nach seiner Ab[illegible] insbesondere wurde festgelegt, daß von der gewalt[illegible] Absetzung der sächsischen Regierung zunächst abzusehen [illegible] diese Mitteilung aber Dr. Heinze erreichte, hatte er [illegible] Absetzung der sächsischen Regierung verfügt und [illegible]rt. Die Parteiführer, die mit dem Reichskanzler [illegible] Direktiven besprochen hatten und sich dann nach Dresden [illegible] der Demokrat Fischer und die Sozialdemokraten [illegible] und Dittmann, fanden folgende Situation vor: [illegible] sächsische Regierung, entgegen der ihnen erteilten Zusage, gewaltsam entfernt; der Landtag verboten und militärisch besetzt; der Generalstreik von Sozialdemokraten und Kommunisten ausgerufen. In dieser schwierigen Situation hatten sie eine verfassungsmäßige Regierung in kürzester Zeit zu bilden. Die Aufgabe wurde glänzend gelöst. Der Reichskommissar Dr. Heinze hat zwar in seiner Proklamation erklärt, daß er es als seine Pflicht ansehe, schleunigst eine verfassungsmäßige Regierung zu bilden. Es ist aber während seiner achtundvierzigstündigen Regierungszeit nicht der geringste Schritt sichtbar geworden, der in diese Richtung führte. Mit neuen, politisch weit rechtsstehenden Beamten besetzte er sämtliche Ministerien, als wolle er sich auf eine längere Regierungszeit einrichten, und eine Aufgabe, die doch in erster Linie unter dem Gesichtspunkt der Reichspolitik aufzufassen war, wurde von ihm so behandelt, als ob lediglich eine neugeordnete Verwaltung in Sachsen herbeizuführen sei.

Die Aufrechterhaltung der großen Koalition, das Ziel seines Fraktionskollegen Dr. Stresemann, blieb bei dieser Methode Heinzes offenbar außer Betracht. Mit den Parteien trat er nicht in Verbindung. Die Demokraten mußten an ihn herantreten und die Zulassung der Landtagssitzung erzwingen. Von ihnen wurden dann die entscheidenden Verhandlungen durchgeführt. Eine merkwürdige Rolle spielte die sächsische Volkspartei. Ihr linker Flügel unter Dr. Kaiser war bereit, mit den Demokraten zu gehen. Der rechte Flügel unter Blüher behielt die Oberhand. In der Landtagssitzung war ihr Verhalten noch sonderbarer. Während der demokratische Fraktionsvorsitzende Dr. Seyferth in seiner ausgezeichneten Rede die Notwendigkeit begründete, für den sozialdemokratischen Kandidaten Fellisch zu stimmen, enthielt sich die Deutsche Volkspartei jeder Bemerkung. Sie gab schweigend ihre Stimmzettel für den eigenen Kandidaten Kaiser ab. So entzog sie sich jeder Verantwortung und entging zugleich der unangenehmen Aufgabe, zu erklären, wie sie sich angesichts der Mehrheitsverhältnisse im sächsischen Landtag eine Regierung ohne Sozialdemokratie denkt.

Entgegen dieser lediglich nach taktischen Gesichtspunkten orientierten Politik haben die Demokraten unter Führung der unermüdlich tätigen Reichstagsabgeordneten Dr. Fischer und Dr. Külz die sachlichen Verhandlungen mit der Sozialdemokratie geführt. Sie haben aus diesen Verhandlungen in personeller wie in sachlicher Hinsicht weitgehende Garantien entnommen, durch die eine verfassungsmäßige Regierung mit ihrer Unterstützung gesichert ist. Ein Mißtrauensvotum setzt die Mehrheit der gesetzlichen Abgeordnetenzahl voraus. Da der sächsische Landtag 96 Mitglieder umfaßt, von denen 40 der sozialdemokratischen, 8 der demokratischen Partei angehören, ist eine verfassungsmäßige Mehrheit für ein Mißtrauensvotum ausgeschlossen, solange die demokratische Fraktion die Regierung unterstützt. Den Männern, die diese sachliche, verantwortungsbewußte Politik geleitet und zum Erfolg geführt haben, gebührt unser Dank. Sie haben nach links und nach rechts Klarheit geschaffen. Sie haben die unerträgliche Mißwirtschaft der Kommunisten beseitigt. Sie haben die Pläne der Reaktion vereitelt. Sie haben als freiwillige Reichskommissare den Schaden wieder gut gemacht, den Dr. Stresemanns Reichskommissar angerichtet hatte.

(Siehe auch Seite 3.)

Die Meldungen über den bevorstehenden Rücktritt Lord D'Abernons.

Aus London sind Meldungen hierher gelangt, wonach der englische Botschafter in Berlin, Lord D'Abernon, seinen Posten verlassen werde. Als sein Nachfolger wird Sir Horace Rumbold, gegenwärtig Botschafter in Konstantinopel, genannt. Da ähnliche Nachrichten, besonders von französischer Seite, wiederholt verbreitet worden sind, müßte man auch die neue Meldung mit Vorsicht aufnehmen, obgleich diesmal die „Times“, die als ernsthafte Informationsquelle gelten kann, sie gebracht hat. Durch Rückfrage in London haben wir gestern festgestellt, daß es sich diesmal tatsächlich nicht um bloße Gerüchte zu handeln scheint. Jedenfalls muß mit der Möglichkeit eines Botschafterwechsels gerechnet werden. In Berliner politischen und diplomatischen Kreisen würde man Lord d'Abernon nur mit aufrichtigem Bedauern scheiden sehen. In Paris würde die Befriedigung um so größer sein. Sir Horace Rumbold, der als zukünftiger Botschafter in Berlin genannt wird, ist 1869 geboren und gehörte in der letzten Zeit vor dem Kriege zur englischen Botschaft in Berlin. Er wurde im November 1913 zum Botschaftsrat in Berlin ernannt und war hier in Abwesenheit des Botschafters vom 1. bis 27. Juli 1914 Geschäftsträger. Am 6. August verließ er infolge der englischen Kriegserklärung Berlin und trat dann in das Auswärtige Amt in London ein. Botschafter in Konstantinopel ist er seit November 1920, nachdem er vorher die Gesandtschaften in Bern und Warschau geleitet hatte.

Die Sparmaßnahmen des Reiches.

Von
Erich Dombrowski.

Seit der Verabschiedung des Ermächtigungsgesetzes, das der Regierung diktatorische Gewalt in die Hand gab, ist kein Tag vergangen, an dem nicht das Reichskabinett in längeren Sitzungen Beschlüsse von weittragender Bedeutung faßte. Mit einem Eifer ohnegleichen ist man daran gegangen, Ordnung zu schaffen. Kaum hatte man eine Schwierigkeit überwunden, gleich traten neue auf. Fast eine Sisyphusarbeit. Und dennoch verzweifelte man nicht. Im besonderen ließ es sich der neue Reichsfinanzminister Dr. Luther angelegen sein, all das, was seine beiden Vorgänger versäumt hatten, durch die Tat nachzuholen. Freilich kann auch er nicht zaubern. Die Rentenbank, die er auf die Beine gestellt hat, konnte nicht auch gleich über Nacht die neue Währung aus ihren Tresors speien. Eine Reihe von technischen Voraussetzungen, nicht zuletzt der Notendruck selbst, waren zu erfüllen. Aber wir sind doch jetzt wenigstens auf dem Wege zu einem wertbeständigen Geld. Allerdings fordert ein Moment dabei die heftigste Kritik heraus. Die Rentenbank, die auf Grund von Hypotheken oder Schuldverpflichtungen der gesamten Wirtschaft ein neues Zahlungsmittel herausgeben wird, soll dem Reiche einen Kredit von insgesamt 1,2 Milliarden Rentenmark gewähren. Das ist zu billigen. Denn in demselben Augenblick, wo die Kreditgewährung zu laufen beginnt, wird der Druck von weiterem Papiergeld eingestellt, und die Reichsbank wird keine Reichsschatzanweisungen mehr diskontieren. Man hofft den Etat in etwa dreiviertel Jahren ausbalancieren zu können, um dann wieder zu völlig geordneten Reichsfinanzen zu kommen. Denn ohne eine Ausbalancierung des Budgets ist auch eine Gesundung der gesamten Volkswirtschaft nicht möglich. Diese Absicht kann aber leicht vereitelt werden, wenn die Rentenbank, wie beabsichtigt, auch den Kreisen der Landwirtschaft, der Industrie und des Handels, und zwar in derselben Höhe von 1,2 Milliarden Rentenmark, Kredite einräumt, die auf Rentenmark lauten. Hierin liegt eine außerordentlich gefährliche Quelle einer neuen Inflation. Wer bürgt dafür, daß, bei dem allgemein erschütterten Vertrauen zur staatlichen Finanzwirtschaft diese auf Kredit genommenen Rentenmarkbeträge nicht sofort in fremde Valuten und Devisen umgewandelt werden und so, direkt und indirekt, den Kurs der Rentenmark ungünstig beeinflussen? Das Reichsfinanzministerium und darüber hinaus die Reichsregierung kann nicht dringend genug davor gewarnt werden, diesen gefährlichen Weg zu beschreiten. Wieder und immer wieder muß, ehe die Rentenbank zu arbeiten beginnt, darauf gedrungen werden, daß ihre Kredite nur auf Goldbasis gewährt werden, wie ja auch die Zinsen, die die Hypothekenschuldner der Bank zu leisten haben, auf Goldbasis abgegolten werden müssen. Worauf alles ankommt, um die neue Mark von vornherein zu sichern, ist das Vertrauen. Tauchen jedoch schon zu Beginn Zweifel an der Güte und der Stabilität des neuen Zahlungsmittels auf, dann ist tatsächlich der Inflation Tür und Tor geöffnet, auch wenn man sie zunächst durch künstliche Interventionsversuche zu verschleiern versuchen wird.

Die Einnahmen des Reiches, die hier für die nächste Zeit durch Kredite sichergestellt werden sollen, werden auch insofern den neuen Verhältnissen angepaßt, als die Steuern fortan wertbeständig erhoben werden. Wie trostlos unsere gegenwärtige Finanzlage ist, mögen folgende paar Zahlen zeigen:

		Zunahme der schwebenden Schuld	Einnahmen
Januar	1923	0,6 Billionen Mark	0,282 Billionen Mark
Juli	„	34,8 „ „	4 „ „
August	„	1 140, „ „	86,6 „ „
September	„	45 500, „ „	1300 „ „

Die entsprechenden Zahlen für den gestern abgeschlossenen Monat Oktober liegen noch nicht vor. Im allgemeinen sind in der letzten Zeit noch nicht fünf Prozent der Ausgaben durch Einnahmen gedeckt worden. Die Ausgaben sollen zu gleicher Zeit durch umfangreiche Sparmaßnahmen herabgesetzt werden. Das Reichsfinanzministerium hat in diesen Tagen die Richtlinien dafür ausgegeben. Darüber einige Worte. Zunächst soll der Beamtenkörper des Reiches um insgesamt fünfundzwanzig Prozent vermindert werden. Damit allein ist es indessen nicht getan. Hand in Hand muß damit eine Vereinfachung der Verwaltung gehen, eine organisatorische Umstellung und Einschränkung, damit der Leerlauf beseitigt, das viele Schreibwerk herabgemindert und der Instanzenweg abgekürzt wird. Eine ganze Reihe von Aemtern kann überhaupt dem Erdboden gleichgemacht werden. Wir nennen aus der Fülle der Objekte das Reichswanderungsamt, die Versorgungsbehörden, die dem Arbeitsministerium unterstehen, und das Wiederaufbauministerium, dessen geringfügiger Aufgabenkreis leicht von den anderen in Frage kommenden Ministerien übernommen werden kann. Vielleicht auch das Reichsernährungsministerium nach einer gewissen Uebergangszeit, nachdem die Zwangswirtschaft völlig beseitigt ist. In diesem Zusammenhange muß auch von der Ueberorganisation der staat-